



**AgEcon** SEARCH  
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

*The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library*

**This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.**

**Help ensure our sustainability.**

Give to AgEcon Search

AgEcon Search  
<http://ageconsearch.umn.edu>  
[aesearch@umn.edu](mailto:aesearch@umn.edu)

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

---

von Meyer, H.: Konzepte zur Integration europäischer Agrarpolitik. In: Henrichsmeyer, W.,  
Langbehn, C.: Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen unterschiedlicher agrarpolitischer  
Konzepte. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des  
Landbaues e.V., Band 24, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (1988), S. 625-634.

---



# KONZEPTE ZUR INTEGRATION EUROPÄISCHER AGRARPOLITIK

von

Heino von MEYER, Frankfurt

## I Worum es geht

Dieser Beitrag geht von der Überzeugung aus,

- daß die Lösung der akuten Krise von Landwirtschaft und Agrarpolitik in Europa eine notwendige - wenn auch nicht hinreichende - Bedingung für Fortschritte im Prozeß europäischer Einigung ist;
- daß eine Lösung dieser Krise nicht nur Veränderungen im Einsatz agrarpolitischer Instrumente, sondern auch eine Neugestaltung des institutionellen Rahmens europäischer Agrarpolitik voraussetzt.

'Europäische Agrarpolitik' im Kontext der Europäischen Gemeinschaft (EG) umfaßt nicht nur gemeinsame EG-Agrarpolitik, sondern zugleich nationale, und dies bedeutet häufig sowohl zentralstaatliche (Bund) als auch gliedstaatliche (Länder) Agrarpolitik. Das Ganze europäischer Agrarpolitik ist dabei mehr als die schlichte Summe europäischer, nationaler und regionaler Teile, denn es kommt bei ihrer Interaktion zu vielfältigen Synergieeffekten. Dies besagt nicht, daß dieses Ganze immer auch besser ist als die Summe, doch die Chance, durch geeignete Vereinigung der Teile einen qualitativen Sprung zum Besseren des Ganzen zu induzieren, kann als eines der tragenden Motive europäischer Integration aufgefaßt werden.

'Europäische Integration' wird hier verstanden als:

- optimale Vereinigung von Kräften zur Lösung gemeinsamer europäischer Probleme.

'Integration' umfaßt dabei sowohl den Zustand (Struktur) als auch den Vorgang (Prozeß) zielorientierter Vereinigung, ohne daß damit konkrete Ziele schon vorausgesetzt wären, denn die Identifikation von Problemen und die Präzisierung

von Zielen ist selbst gerade ein wesentliches Charakteristikum des so verstandenen Integrationsprozesses.

Die theoretische Analyse 'Europäischer Integration' hat sich demgemäß zu erstrecken:

- sowohl auf institutionelle Aspekte der Struktur und Entwicklung
  - nicht nur der Aufbauorganisation, also der sachlichen, räumlichen und hierarchischen Verteilung von Kompetenzen, Rechten und Pflichten auf verschiedene Instanzen;
  - sondern auch der Ablauforganisation, also der Prozeduren ihrer Interaktion bei der Identifizierung von Problemen, Definition von Zielen, Wahl, Umsetzung und Kontrolle von Instrumenten;
- als auch auf instrumentelle Aspekte, also beispielsweise Fragen nach
  - der allokativen Effizienz und
  - der distributiven Inzidenzder zur Lösung von Problemen bzw. Erreichung von Zielen bereitstehenden Mittel.

Zur Füllung des Instrumentenkastens haben die (Agrar-)Ökonomen eine im wahrsten Sinne unübersehbare Vielfalt von Beiträgen geleistet. Zur institutionellen Frage, wem diese Instrumente, unter welchen Bedingungen, zur Verfügung gestellt werden sollten, haben sie hingegen nur selten Stellung bezogen.

## 2 Skizzen zur Integrationstheorie

In der traditionellen Debatte um alternative Konzepte Europäischer Integration wurde vor allem zwischen dem "föderalistischen" und dem "funktionalistischen" Ansatz unterschieden. Die beiden Grundpositionen lassen sich überspitzt wie folgt charakterisieren (SCHNEIDER 1977):

"Föderalisten" sehen ein "Vereintes Europa" im wesentlichen als Ergebnis eines einmaligen politischen Willensakts. Sie plädieren entsprechend für die rasche Ausarbeitung einer europäischen Verfassung und die Bildung einer starken europäischen Regierung.

"Funktionalisten" begreifen europäische Einigung hingegen eher als Resultat eines von technisch-ökonomischen Sachzwängen geleiteten sozialen Wandels. Sie setzen

folglich auf den Selbstlauf eines sich in sukzessiven Schritten quasi autonom durchsetzenden Einigungszwangs.

Der Dissens zwischen beiden bezieht sich allerdings weniger auf das Ergebnis als vielmehr auf das methodische Vorgehen der Integration. Es wird pauschal unterstellt statt im einzelnen belegt, daß alle Mitgliedstaaten bzw. deren politische Führungen, wenn schon nicht identische Gegenwartsinteressen, so doch homogene Zukunftsinteressen haben. Unterschiede in den sozial-ökonomischen Strukturen und politischen Traditionen, die die Willensbildung in den einzelnen Mitgliedstaaten doch entscheidend prägen, sind einem solchen Integrationsverständnis weder in der Theorie noch in der Praxis von Bedeutung. Entsprechend können Widerstände oder gar Rückschläge im Prozeß Europäischer Integration nur als nationalistisch, anachronistisch oder gar reaktionär diffamiert oder bestenfalls psychologisch gedeutet werden.

Dies widerfährt häufig auch jenem Integrationskonzept, das die Realität der praktischen EG-Politik bis heute entscheidend bestimmt hat, dem "konföderalistischen" Ansatz.

"Konföderalisten" wollen Europäische Integration in der Form freiwilliger, internationaler bzw. interregionaler Zusammenarbeit realisieren. Sie sehen keinen Zwang bzw. keine Möglichkeit zur Schaffung supranationaler Entscheidungsgremien.

Besonders markant läßt sich der Gegensatz von "föderalistischem" und "konföderalistischem" Ansatz an den Integrationsprinzipien verdeutlichen, die ihnen zugrunde liegen:

- der "föderalistische" Ansatz verlangt letztlich nach Koordinierung im Sinne einer Abstimmung durch übergeordnete, zentrale Instanzen, gestützt auf Autorität und Macht.
- der "konföderalistische" Ansatz setzt stattdessen auf Kooperation im Sinne einer gegenseitigen Abstimmung autonomer, dezentraler Einheiten, gestützt auf Freiwilligkeit und Interesse.

Zur Abwägung von Vor- und Nachteilen alternativer staatlicher Organisationsformen vermag auch die ökonomische Theorie wichtige Hinweise zu geben. So zeigt etwa die ökonomische Theorie des Föderalismus (OATES 1972, Kirsch 1977), wie durch geeignete Gegenüberstellung von Nutzen und Kosten - im weitesten Sinne - ein optimaler Grad der (De-)Zentralisierung staatlicher Aufgabenerfüllung ermittelt werden kann.

Für die Dezentralisierung werden dabei ins Feld geführt:

- die bessere Berücksichtigung heterogener Präferenzstrukturen (niedrigere 'Frustrationskosten');
- die durch Wettbewerb und geringeres Risiko erhöhte Innovationsdynamik;
- die häufig niedrigeren Informations-, Konsensfindungs-, Bürokratie- und Kontrollkosten.

Dem stehen als mögliche Nachteile entgegen:

- eine nicht kostenminimale Produktion öffentlicher Güter infolge ungenutzter Größenvorteile;
- nicht internalisierte, positive und negative interregionale externe Effekte (Spillover).

Für unterschiedliche staatliche Aufgaben ergeben sich jeweils andere Nutzen-Kosten-Abwägungen und entsprechend unterschiedliche, optimale (De-)Zentralisierungsgrade. Insgesamt jedoch lautet das Ergebnis all dieser Überlegungen immer wieder: Nur eine mehrstufig, föderativ organisierte Institutionsstruktur ist in der Lage, die vielfältigen öffentlichen Aufgaben optimal zu lösen (vgl. u. a. BRETON/SCOTT 1978).

Die primär am Ergebnis (öffentliche Güter und Leistungen) und weniger am Verfahren staatlicher Aufgabenerfüllung orientierten Ansätze der ökonomischen Theorie des Föderalismus laufen freilich Gefahr, sich zu einseitig auf Aspekte der Aufbauorganisation zu konzentrieren und die optimale Gestaltung der Ablauforganisation zu vernachlässigen (THEILER 1977, THÖNI 1986). So können zwar durch Ziehung neuer (weiterer) Grenzen (Zentralisierung) Spillover-Effekte internalisiert werden. Die Probleme (Kosten) sind damit jedoch keineswegs verringert, sondern lediglich von der inter-kollektiven auf die intra-kollektive Ebene verlagert worden.

Wird staatliche Aufgabenerfüllung als Prozeß begriffen,

- ausgelöst durch die individuelle oder gruppenmäßige Artikulation eines Bedarfs;
- über den Abstimmungsprozeß, gestützt auf direkte oder indirekte Informationsverarbeitung, Rahmen- und Detailplanungen, abgeschlossen mit einem definitiven Beschluß über die Bereitstellung einer Leistung;
- zur eigentlichen Bereitstellung einer Leistung, was wiederum Aspekte der Produktion und des Absatzes mitumfaßt;
- bis hin schließlich zu ihrer Finanzierung und Kontrolle;

so ist davon auszugehen, daß sich in jeder Phase ganz unterschiedliche institu-

tionelle Arrangements als optimal erweisen werden. Die häufig nur an Einzelaspekten der Produktion, des Absatzes oder der Finanzierung einzelner öffentlicher Güter und Leistungen orientierte pauschale Zuweisung von Aufgaben an bestimmte institutionelle Ebenen erweist sich also als problematisch.

Die bisherigen Ansätze zu einer ökonomischen Theorie des Föderalismus sind also weiter zu entwickeln, z. B. durch sinnvolle Verknüpfung mit der ökonomischen Theorie der Politik. Das dabei zu entwickelnde Instrumentarium dürfte sich dann nicht nur zur optimalen vertikalen Aufgabenverteilung auf verschiedene Gebietskörperschaften eignen, sondern müßte ebenso auf Fragestellungen der horizontalen Aufgabenverteilung, etwa zwischen verschiedenen fachpolitischen Ressorts angewandt werden können. Besonders interessant dürfte es in diesem Zusammenhang sein, die Interdependenz zwischen vertikaler und horizontaler Aufgaben- (bzw. Arbeits-)teilung und -vereinigung näher zu analysieren. Auf einige aktuelle Fragen europäischer Agrarpolitik, die in diesem Kontext näher analysiert werden könnten, wird in den folgenden Abschnitten stichwortartig eingegangen.

### 3 EG-Agrarpolitik - Motor oder Sprengsatz

Die gemeinsame EG-Agrarpolitik kann als Paradebeispiel dafür dienen, daß weder das föderalistische, das funktionalistische noch das konföderalistische Konzept allein Gewähr für Fortschritte zu Europäischer Integration, also zur bestmöglichen Lösung der gemeinsamen Probleme bieten, daß sie vielmehr Ergebnisse generieren können, die statt zur Lösung von Problemen beizutragen eher noch neue schaffen.

Zur gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte boten sich nach Artikel 40 des EWG-Vertrags von 1957 an:

- gemeinsame Wettbewerbsregeln;
- bindende Koordinierung der verschiedenen einzelstaatlichen Marktordnungen;
- eine Europäische Marktordnung.

Man entschied sich bekanntlich für die dritte Variante, also eine im Kern supranationale Lösung (v. d. GROEBEN 1982).

In der Erwartung, daß sich die Gemeinschaft rasch zu einer Wirtschafts- und Währungsunion und schließlich zur Politischen Union fortentwickeln würde, mag dies vorteilhaft erschienen sein. Die von der funktionalistischen Integrations- theorie noch gestärkte Hoffnung, daß die aus der partiellen Integration der

Agrarmarktpolitik resultierenden Ungleichgewichtsmomente über "Spillover-Effekte" schließlich eine automatische Integrationsdynamik nach vorn freisetzen würden, erwies sich freilich als falsch. Es kam stattdessen immer wieder zu "Spillback-Effekten" (HAAS 1975), die nicht nur Integrationsfortschritte verhin- derten, sondern den bereits vorhandenen Bestand an Gemeinschaft sogar aushöhlten.

Vielfach wird die gemeinsame EG-Agrarpolitik noch immer als Motor der Europäischen Integration bezeichnet. Agrarpolitiker versteigen sich gelegentlich sogar zu der Behauptung, sie sei bislang die einzige wirklich gemeinsame Politik, mit ihr stehe und falle die Europäische Gemeinschaft. Solche Behauptungen sind sicher unzulässig, sie verwechseln schlicht Politik mit Geldausgeben. Die Tat- sache, daß die Gemeinsame Agrarpolitik völlig disproportionale und exponentiell steigende Kosten nicht nur im engeren Sinne für den EG-Haushalt, sondern weit darüber hinaus im Sinne der Verschwendung und sogar Zerstörung natürlicher, ökonomischer und politischer Ressourcen verursacht, gibt sogar Anlaß zu der These, daß die EG-Agrarpolitik mehr und mehr zum Bremsklotz, wenn nicht sogar zum Sprengsatz Europäischer Integration wird (PRIEBE 1985).

Gerade im Agrarsektor, mit seinen - im Vergleich zu anderen Sektoren - beson- ders ausgeprägten Strukturunterschieden zwischen den Mitgliedstaaten und Regionen, mußte es als Resultat einer einheitlichen EG-Politik rasch zur Akzentuierung von Unterschieden kommen. In dem Maße, in dem eine nicht an Agrarmärkten, sondern an Agrareinkommen orientierte Preispolitik immer willkürlichere Verzerrungen der Preisrelationen verursachte, nahmen auch die kontraproduktiven und integrationsschädigenden Wirkungen zu.

Hatte die EG-Agrarpolitik mit der Überwindung des alten Systems diverser nationaler Protektionismen anfänglich durchaus einen Beitrag zur Lösung europäischer Probleme geleistet, so hat sie seither doch eher zur Verschärfung anderer bzw. zur Schaffung neuer Probleme beigetragen. Selbst dort wo ihr Erfolg zunächst unstrittig war, in der Schaffung eines gemeinsamen Agrarmarktes, sind mit Währungsausgleich und Quotenregelung inzwischen eher Rückschritte als Fortschritte zu verzeichnen.

Die supranational integrierte Agrarmarktpolitik führte keineswegs zwangsläufig auch zu verstärkter Integration und immer besserer Koordinierung der Struktur- politiken. Im Gegenteil nahmen die Koordinierungswiderstände zu, gewann die Strukturpolitik auf nationaler und regionaler Ebene sogar noch an Gewicht, denn mit ihr konnten unerwünschte Folgen der supranationalen EG-Politik

konterkariert werden. Nicht nur haben auf Gemeinschaftsebene die rasch expandierenden Kosten der gemeinsamen Agrarpolitik die zur Finanzierung von Regional- und Umweltpolitik verfügbaren Mittel beschnitten, die negativen Raum- und Umweltwirkungen dürften in vielen Fällen sogar gravierender sein, als die oft nur marginalen, positiven Impulse, die die Regional- und Umweltpolitik der Gemeinschaft bislang zu geben vermochten.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage wie einige der derzeit diskutierten Strategien zur Reform der EG-Agrarpolitik zu bewerten sind. Dabei geht es insbesondere um zwei Aspekte:

- die vertikale Integration und
- die horizontale Integration

europäischer Agrarpolitik.

#### 4 "Renationalisierung" - Fortschritt oder Rückschritt

Die aktuelle Reformdiskussion konzentriert sich vor allem auf die Frage (vgl. (TRACY/v. MEYER 1987):

- ob die Marktziele durch direkte Mengensteuerung (Quoten) und die Einkommensziele indirekt über Preise oder
- ob die Marktziele indirekt über Preise und die Einkommensziele über direkte Zahlungen

verfolgt werden sollen. Über der Kontroverse um die geeigneten Instrumente wird jedoch die Frage der institutionellen Kompetenzverteilung weitgehend vernachlässigt. Unter Hinweis auf Vorschläge zu direkten Einkommensübertragungen hat hierauf vor allem SCHMITT (1984) hingewiesen. SCHMITT sieht nun allerdings im Übergang zu Direkten Einkommensübertragungen - mit zumindest partieller nationaler Finanzierung - einen fragwürdigen "integrationspolitischen Rückschritt". "Er würde es umso schwerer machen, auf anderen Gebieten integrationspolitische Fortschritte zu erreichen, ..." (SCHMITT 1984, S. 39). Eine solche Reformstrategie habe nur geringe Realisierungschancen, weil es an Kompensationsmöglichkeiten fehle, mit denen der zur Änderung des rechtlichen, institutionellen Ordnungsrahmens notwendige Interessenausgleich gewährleistet werden könnte (SCHMITT 1984, S. 36). Es stelle sich daher insgesamt die Frage, "... ob es nicht ertragreicher wäre, die Bemühungen um eine rückwärts gerichtete Reform des Gemeinschaftsrechts zugunsten einer Renationalisierung der gemeinsamen Agrarpolitik darauf zu konzentrieren, um nach vorne zielende Integrations-

fortschritte in Richtung auf eine wirksame Koordination oder Harmonisierung der Wirtschafts- und Währungspolitiken der Mitgliedstaaten zu erreichen." (SCHMITT 1984, S. 34) Eine Frage, die SCHMITT implizit mit "Ja" beantwortet.

So sehr man das Verdienst von SCHMITT betonen muß, die agrarpolitische Reformdiskussion auf die institutionelle Ebene gehoben zu haben, so wenig wird man sich seinen Einschätzungen im Einzelfall anschließen müssen (vgl. hierzu bereits THOROE 1984). Zunächst geht SCHMITT offenbar von einem eher formalen Integrationsverständnis aus, dem jede Form von "Renationalisierung" an sich schon als "Rückschritt" erscheinen muß, statt im einzelnen zu prüfen, ob eine Dezentralisierung einkommenspolitischer Zuständigkeiten bzw. Aktivitäten nicht eben doch als Integrationsfortschritt im Sinne besserer Problemlösungsfähigkeit zu beurteilen wäre.

So begründet die EG-Zuständigkeit für die Organisation der gemeinsamen Agrarmärkte ist - die, wie Artikel 40 des EWG-Vertrags zeigt, zunächst keineswegs absolut gesetzt war - so wenig überzeugend ist es auch, für die Lösung von Agrareinkommensproblemen eine alleinige EG-Kompetenz postulieren zu wollen. Unverständlich bleibt auch, daß ausgerechnet SCHMITT, der immer wieder die exorbitanten volkswirtschaftlichen Kosten einer verfehlten EG-Agrarpolitik beklagt, nicht zu erkennen vermag, daß im Falle einer Reform, die auf Marktorientierung der Preise und flankierende Einkommensübertragungen setzt, die Kompensationsmöglichkeiten zur Schaffung eines Interessenausgleichs wesentlich erhöht würden.

Ein Grund hierfür könnte sein, daß das Agrareinkommensproblem noch immer primär als ein intersektorales und nicht als intrasektorales und interregionales Problem erfaßt wird. Gerade die angestrebte Reform verspricht aber doch jene Ressourcen freizusetzen, die zur Förderung einer aktiven regionalen Entwicklungspolitik und damit sowohl zum Abbau sektoraler wie regionaler Einkommensdisparitäten als auch zur Stärkung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion dringend benötigt werden.

Es ist deshalb auch kein Wunder, daß es, anders als von SCHMITT (1984, S. 29) unterstellt, keineswegs die "wirtschaftlich weniger entwickelten Länder der Gemeinschaft" sind, die auf den Schutz ihrer Landwirtschaft durch relativ hohe Agrarpreise setzen. Ganz im Gegenteil profiliert sich ausgerechnet die Bundesrepublik mit ihrem vergleichsweise niedrigen Agraranteil an Beschäftigung, Wertschöpfung und Außenhandel und ihren, bedingt durch die EG-Agrarpolitik,

hohen negativen Nettofinanzierungssalden als vehementester Verfechter der traditionellen Hochpreispolitik.

##### 5 'Integrierte Programme' - Kooperation oder Koordinierung

Seit Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte (ABl.-EG, L 169, 29.06.87) stellen sich Probleme der horizontalen Integration mit verstärkter Intensität. Durch die Ergänzungen zum EWG-Vertrag werden nämlich auf EG-Ebene sowohl die Regional- als auch die Umweltpolitik gegenüber der Agrarpolitik aufgewertet. Da die Agrarpolitik in hohem Maße raum- und umweltwirksam ist, und ihre bisherige Gestaltung zur nachhaltigen Verletzung sowohl regionalpolitischer als auch umweltpolitischer Zielsetzungen (v. MEYER 1981 und 1983) geführt hat, ergibt sich hier zweifellos ein erheblicher Abstimmungsbedarf.

Zwar wurde in der Problemanalyse des "Grünbuchs" zur Reform der EG-Agrarpolitik (KOM-EG 1985) auch regional- und umweltpolitischen Aspekten Beachtung geschenkt. Die ersten konkreten Maßnahmen verdeutlichen jedoch, daß man von einer wirksamen Abstimmung marktorientierter Reformen der Preispolitik mit anderen der verschiedenen raum- und umweltwirksamen Aktivitäten noch weit entfernt ist. Innerhalb der EG-Kommission scheint Politik noch immer eher Resultat von Konflikten z. B. zwischen den beteiligten Generaldirektoren (GD VI, GD XVI und GD XI), als Ergebnis einer an gemeinsamen Zielen orientierten Kooperation zu sein. Dies birgt die Gefahr in sich, daß insbesondere die schwächeren Glieder - EG-Regional- und -Umweltpolitik - sich zur Stärkung ihres Einflusses auf die vertikale Koordinierung verlegen.

Während es der EG selbst nicht gelingt, ihre agrar-, regional- und umweltpolitischen Aktivitäten sinnvoll zu koordinieren, versucht sie dies auf untergeordneter Ebene durch die prioritäre Förderung von "integrierten" Maßnahmen zu erreichen. Damit lassen sich freilich die durch fehlende Koordinierung auf übergeordneten Ebenen verursachten DistorSIONen in der Regel nicht mehr korrigieren.

So wird der Verdacht genährt, die von der EG derzeit propagierten "Integrierten Maßnahmen" und "Integrierten Programme" dienen im Grunde nicht primär der horizontalen Koordinierung, sondern seien 'Trojanische Pferde' einer auf Zentralisierung gerichteten vertikalen Integration. Solche Skepsis wird noch dadurch verstärkt, daß sich manche Mitgliedstaaten und Regionen - in der Bundesrepublik insbesondere Bayern - durch eine exzessive Auslegung des Beihilfenartikels 92 des EWG-Vertrags, aber auch durch die Einheitliche Europäi-

sche Akte, in ihren regional- und umweltpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten mehr und mehr beschnitten sehen.

Dies könnte langfristig zu Koordinierungswiderständen und Kooperationsbarrieren führen, die die Europäische Integration eher schwächen als stärken. Die EG wäre daher insgesamt wohl gut beraten, mehr auf Kooperation als auf Koordinierung zu setzen.

#### Literatur

- BRETON, A./ A. SCOTT (1978): The Economic Constitution of Federal States. Toronto.
- v. d. GROEBEN, H. (1982): Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft. Baden-Baden.
- HAAS, E. B. (1975): The Obsolescence of Regional Integration Theory. Berkeley.
- KIRSCH, G. (1977): Föderalismus. Stuttgart.
- KOM-EG, Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1985): Perspektiven für die Gemeinsame Agrarpolitik" (Grünbuch). KOM(85) 333 endg. Brüssel 15.7.85.
- v. MEYER, H. (1981): Räumliche Auswirkungen der europäischen Agrarpreispolitik. In: Raumforschung und Raumordnung, 39. Jg., H. 5-6, S. 273-284.
- v. MEYER, H. (1983): Wirkungslose Umweltpolitik - Umweltwirksame Agrarpolitik. In: Zeitschrift für Umweltpolitik, 6. Jg., H. 4, S. 363-387.
- OATES, W. E. (1972): Fiscal Federalism. New York.
- PRIEBE, H. (1985): Die subventionierte Unvernunft - Landwirtschaft und Naturhaushalt. Berlin.
- SCHMITT, G. (1984): Eine Lösung der Agrarprobleme in der Europäischen Gemeinschaft durch eine 'Renationalisierung' der Agrarpolitik? In: Göttinger Schriften zur Agrarökonomie, H. 57, S. 1-45.
- SCHNEIDER, H. (1977): Leitbilder der Europapolitik - Der Weg zur Integration. Bonn.
- THEILER, J. (1977): Föderalismus - Voraussetzung oder Ergebnis rationaler Politik. Bern/Frankfurt.
- THÜNI, E. (1986): Politökonomische Theorie des Föderalismus. Baden-Baden.
- THOROE, C. (1984): 'Renationalisierung' der gemeinsamen Agrarpolitik: Irrweg oder Ausweg? In: Göttinger Schriften zur Agrarökonomie, H. 57, S. 46-57.
- TRACY, M./H. v. MEYER (Hrsg.) (1987): Alternative Support Measures for Agriculture. Maastricht.